

Sonderausgabe

BirsMagazin

Birseck 1815

Hans Utz

Der Überblick

Georg Kreis

Von Wien nach Brüssel?

Ruedi Brassel

Die Schweiz um 1815

Reinhard Straumann

Die brisanten Auswirkungen

DAS Magazin fürs Birstal, Birsigtal und Leimental ...



Winter 2014

Birs Magazin

Herbst 2014

Liebling

Mit Marco S

Lebend

Hans Holl

Hunde

Vom Bau

Herb

Wände

Engel Serafin erzählt

Die Domrenovation aus einer
ungewohnten Perspektive

Oh, es riecht gut!

Über die Düfte der Festtage

Christhindlimärt Laufen

feiert seinen 35. Geburtstag

www.birsmagazin.ch

Liebe Leserin, lieber Leser

Foto: Janick Zebrowski



Jürg Seiberth, Redaktionsleiter und Thomas Bloch, Herausgeber

1965 fand in unserer Gegend eine Jubiläumsfeier statt: 150 Jahre Birseck als Teil der Schweiz. Es gibt einen Film über diesen Anlass: feierliche Ansprachen, Fahnen, imposante Politiker, brave Schulkinder, Landeshymne. Damals war vieles anders und scheinbar einfacher als heute. Man hatte eine einheitliche Vorstellung davon, was das ist, die Schweiz,

und was es bedeutet, Schweizerin, Schweizer zu sein. Man war sich einig darüber, was 1815 im Birseck geschah und 1515 in Marignano und 1315 am Morgarten, und man wusste, wie ein solcher Anlass zu feiern ist.

Heute ist vieles anders und komplizierter: Die Schweiz sucht eine neue Identität und eine neue Rolle in Europa. Die Historiker zerzausen liebgewonnene alte Geschichten, und wir wissen nicht: Sollen wir die Jubiläen einträchtig feiern oder kontrovers über die historische Gegebenheiten debattieren.

Das BirsMagazin hat im Laufe dieses Jahres vier ausführliche Artikel zum Thema «Birseck, 200 Jahre schweizerisch» von renommierten Historikern veröffentlicht. Dieser Sonderdruck vereinigt die vier Texte. Wir denken, dass sie eine gute Grundlage für eine feierliche Debatte bilden.

Viel Vergnügen bei der Lektüre

Thomas Bloch und Jürg Seiberth

- 4 – Hans Utz:
200 Jahre schweizerisches Birseck
Der Überblick
- 7 – Georg Kreis:
Von Wien nach Brüssel?
Birseck und Europa, damals und heute
- 10 – Ruedi Brassel:
Die Schweiz und der Wiener Kongress
Die Schweiz um 1815
- 13 – Reinhard Straumann:
Kantonstrennung und Kulturkampf
Die brisanten Auswirkungen
des Beschlusses von 1815

Impressum

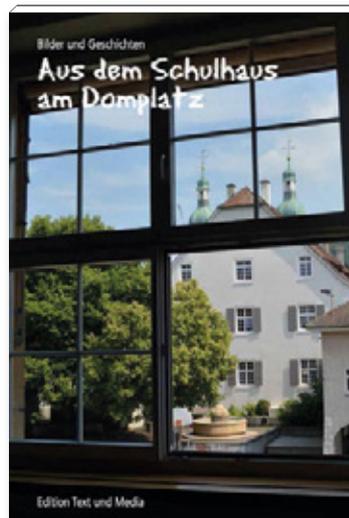
BirsMagazin, Sonderausgabe «Birseck 1815» – Verlag und Herausgeber: BirsForum GmbH, Verlag BirsMagazin, Arlesheim, www.birsmagazin.ch – Herausgeber: Thomas Bloch, Redaktion: Jürg Seiberth, Gestaltung: Karin Amsler, Korrektorat: Fredy Heller – Copyright: Alle Rechte beim Verlag. Nachdruck nur mit Genehmigung.

Titelbild: Im Leimental mit Blick Richtung Basel

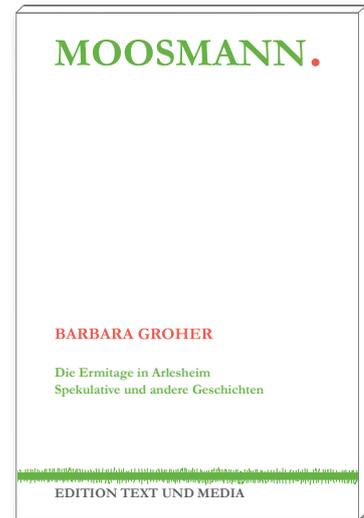
Bücher aus der Region.



J. Seiberth und H. Burgener (Hrsg.)
Der Sundgauerhof Arlesheim
400 Jahre Ortsgeschichte aus der
Perspektive eines Gebäudes
2015, 44 Seiten, 60 Abb., CHF 20.—
ISBN 978-3-9524281-1-5



Jürg Seiberth (Hrsg.)
Bilder und Geschichten
Aus dem Schulhaus am Domplatz
2013, 104 Seiten, 70 Abb.
EVP: CHF 20.—
ISBN 978-3-9521984-9-0



Barbara Groher
MOOSMANN
Die Ermitage in Arlesheim
Spekulative und andere Geschichten
2011, EVP: CHF 25.—
ISBN 978-3-9521984-8-3

In Ihrer Buchhandlung oder auf www.textundmedia.ch

Edition Text & Media

200 Jahre schweizerisches Birseck

1815 teilte der Wiener Kongress das ehemalige Fürstbistum Basel den Kantonen Bern und Basel zu. Damit wurde das Birseck schweizerisch. Das BirsMagazin beleuchtet Ausgangslage und Folgen dieses historischen Aktes in vier Artikeln von renommierten Historikern. Der erste Beitrag des Historikers Hans Utz gibt einen Überblick über das anspruchsvolle Thema.

■ Text und Fotos/Grafiken: Hans Utz



Der Bischofsstab bildete immer einen Bestandteil des jeweiligen fürstbischöflichen Wappens. In diesen Grenzstein auf dem Witterswilerberg zwischen Ettingen und Hofstetten/Witterswil ist das Wappen des Johann Konrad von Reinach-Hirtzbach (regierte 1705–1737) eingemeisselt: im ersten und sechsten Feld der Bischofsstab, im zweiten und fünften der Reinach-Löwe und im dritten und vierten die Schrägbalken der Hirtzbach.

Vom roten zum schwarzen Baselstab

Die Kantone Basel-Landschaft und Jura führen beide in ihren Wappen den roten Basler Stab, das Wappen des Fürstbistums von Basel. Der Fürstbischof hatte nämlich diese Kantone nicht nur als Bischof betreut, sondern – noch intensiver – als Fürst regiert. Seit 1400 war allerdings ein Dorf nach dem andern vom roten Fürstbischöflichen Stab an den schwarzen Basler Stab gekommen: Die aufblühende Stadt hatte sie dem Bischof

abgekauft, etwa Münchenstein und Muttenz 1470, Biel und Benken 1526 und Binningen 1534.

Die letzten neun Gemeinden erhielt Basel umsonst und ohne sich darum zu bemühen – vor genau 200 Jahren am Wiener Kongress. Die dort versammelten Staatsoberhäupter wollten das Fürstbistum, das Frankreich erobert hatte, nicht als eigenen Staat wiederherstellen, sondern der Schweiz anschliessen. Am 20. März 1815 teilten sie

den grössten Teil, Jura und Laufental, dem Kanton Bern zu – mit Ausnahme der neun Gemeinden Arlesheim, Reinach, Aesch, Pfeffingen, Oberwil, Therwil, Ettingen, Allschwil und Schönenbuch. Diese wiesen die Siegermächte dem Kanton Basel zu. Sie wollten für die Schweiz eine leicht zu verteidigende Grenze am Nordrand des Jura schaffen. Daher zogen sie bei der Aufteilung des Fürstbistums unter Bern und Basel die Grenze beim Engnis von Angenstein;

sie trauten dem mächtigen Bern eine wirkliche Verteidigung des Juraeingangs eher zu als dem exponierten Basel. Dieses beschränkte sich gern auf die neun Gemeinden. Denn es handelte sich um katholische «Untertanen», deren Konfession die Basler Stadtregierung zwar zu respektieren hatte, der sie aber misstraute.

200 Jahre sind die neun Gemeinden nun also schweizerisch, was sie dieses Jahr feiern.

Aussenpolitisches Jubiläum?

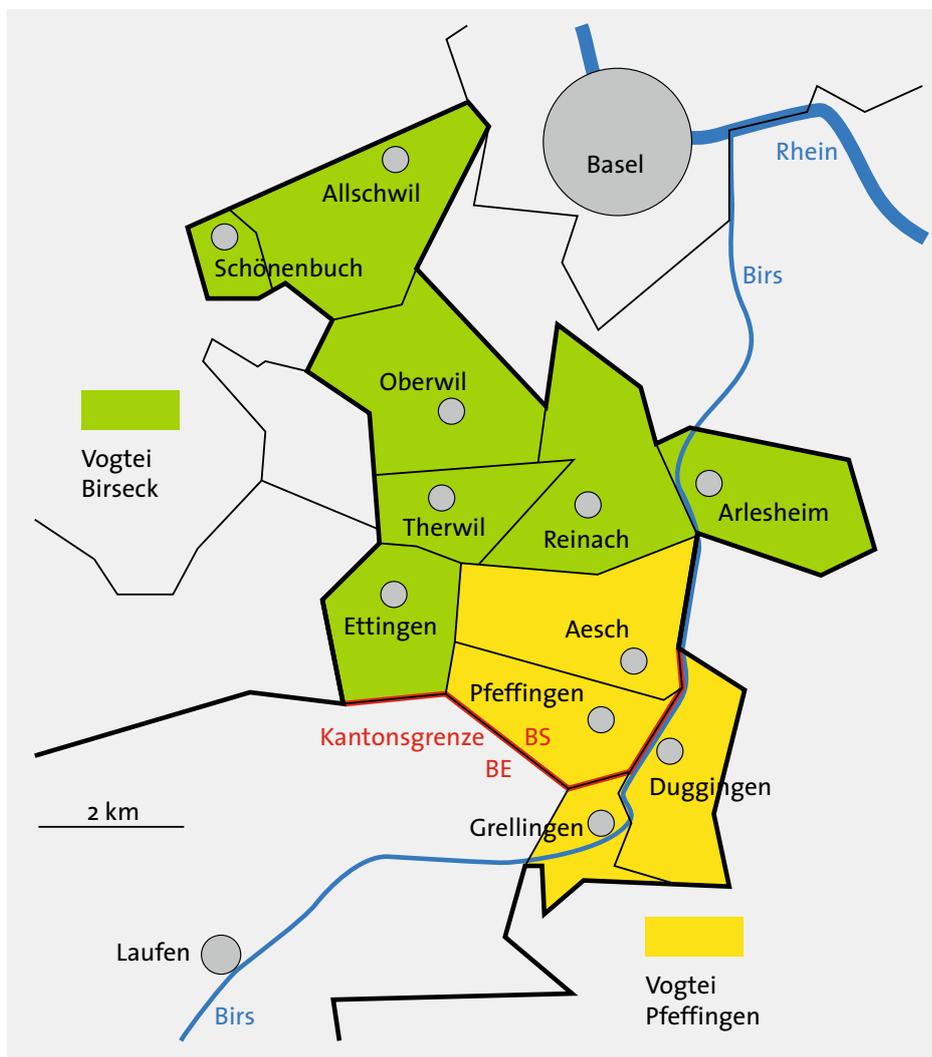
Soll man das feiern? Den Eintritt in die Eidgenossenschaft verdanken die Birsecker und Birseckerinnen nicht heldenhaften Befreiungskämpfen, sondern dem Diktat der in Wien versammelten Staatsoberhäupter. Daran zu erinnern, dass die Schweiz einmal derart von Europa abhängig war, ist wenig rühmlich, ja heute sogar brisant; so wird das Jahr 1815 weniger zur Sprache kommen als die heldenhafte Niederlage von 1515.

Innenpolitisches Jubiläum?

Auch innenpolitisch kann man sich fragen, ob der Wechsel vom fortschrittlichen Frankreich zu einer konservativen Eidgenossenschaft wirklich zu feiern ist. Unter französischer Herrschaft hatten die neun Birsecker Gemeinden Modernität geschmeckt: Niederlassungsfreiheit; zivilrechtliche Gleichstellung der Frauen; Handels- und Gewerbe-freiheit. Unter Basler Herrschaft dagegen wurde wieder genau unterschieden, wer Bürger und wer bloss zugewanderter Einwohner war; die Frauen konnten ihr Vermögen nicht mehr selbst verwalten und vor Gericht gehen; und die hohe Obrigkeit legte fest, wie viele und welche Gasthäuser in den einzelnen Dörfern geführt werden durften (Richtzahl: eines pro Dorf).

Jubiläum der Menschen!

Wenn wir allerdings nicht die Aussen- und Innenpolitik, sondern die Menschen berücksichtigen, dann haben wir genügend Grund zum Feiern: Den Beitritt zur Eidgenossenschaft empfanden diese damals als grosses Glück. Denn die 22 Jahre bei Frankreich hatten sie vor allem die negativen Seiten der Französischen Revolution erleben lassen. Gleich 1793 wurden die meisten



Karte des historischen Birseck

Priester verjagt und die Kirchengüter eingezogen; pro Dorf war nur noch eine Glocke für den Feueralarm erlaubt; Gottesdienste, Taufen, kirchliche Heiraten und Beerdigungen wurden verboten: Den gläubigen Menschen wurde der Teppich unter den Füßen weggezogen! Der kirchliche Kalender wurde bis 1806 durch den Revolutionskalender ersetzt, die Woche durch eine Dekade von zehn Tagen künstlich definiert. Damit die Menschen nicht in Mariastein oder Dornach zur Predigt gehen, ja überhaupt nicht wegziehen konnten, schloss Frankreich die Grenzen hermetisch ab: Birseckerinnen und Birsecker durften die Stadt Basel nur noch mit einem Pass betreten. Wer trotzdem wegzog, dessen Gut wurde eingezogen und dessen Verwandte schikaniert. Dazu kam ein Sprachschock: Die Befehle und Erlasse waren

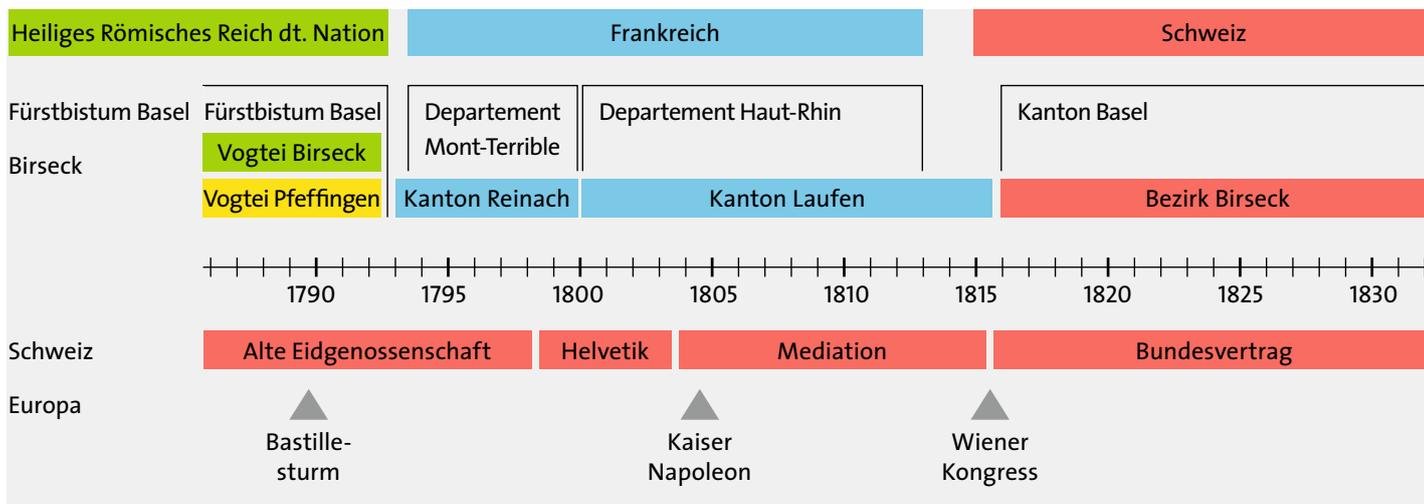
in französischer Sprache verfasst, zu einer Zeit, als nur eine Minderheit der Menschen überhaupt lesen konnten.

1798 wurde auch die Eidgenossenschaft ein französischer Satellitenstaat; in Frankreich machte Napoleon I. den revolutionären Extremismus rückgängig: Beides liess die Religions-, Grenz- und Sprachprobleme kleiner werden. Dafür wurden andere Probleme grösser: Napoleons Kriege kosteten. Die Birsecker Gemeinden mussten dafür Steuern entrichten; sogar Fenster und Türen

Vielfältige Anlässe

in Zusammenhang mit dem Jubiläum finden dieses Jahr in den betroffenen Gemeinden statt. Detaillierte und aktuelle Informationen dazu finden Sie auf der Website:

www.altoberwil.ch/200-Jahre-Birseck



Chronologischer Überblick über die politische Zugehörigkeit der Birsecker Gemeinden

ren eines jeden Hauses wurden besteuert! Den Beruf konnte man frei wählen, musste dafür aber ein teures Patent lösen. Zusätzlich zu den Geldabgaben wurden den Birseckern Lieferungen an die Armee aufgebürdet. Aber nicht nur das: Jetzt mussten die 20-jährigen Männer das Los ziehen; wer eine niedere Nummer erwischte, der hatte Pech gehabt und zog nach Spanien oder nach Russland in mörderische Kriege. Reiche Männer konnten sich befreien, indem sie ihr Los einem ärmeren Kollegen verkauften. Aus Verzweiflung verstümmelten sich einige, beispielsweise indem sie die Vorderzähne ausschlugen, um nicht mehr Patronenhülsen aufbeissen zu können, wie es bei der damaligen Gewehrbedienung nötig war.

Mit Basel zufrieden?

1814 wurden die Birsecker Gemeinden in den Strudel von Napoleons Untergang gezogen. Österreichische Truppen marschierten beim gemeinsamen Angriff der Alliierten (Grossbritannien, Preussen, Russland, Österreich) durch das Birseck; als französisches Gebiet gehörte es zu den Besiegten. Es wurde dem Generalgouverneur von Andlau aus Arlesheim unterstellt, dessen Familie während der französischen Herrschaft im Exil gelebt hatte. Die Bevölkerung musste auf der Bruderholz-Batterie Schanzarbeiten leisten, Truppen beherbergen und Lebensmittel auftreiben; gleichzeitig begann eine Serie von Missernten (1816 wird das Jahr ohne Sommer sein).

In dieser Situation bejubelten die Menschen den Entscheid des Wiener Kongresses, sie der Eidgenossenschaft zuzuteilen. Drei Vertreter, der Gemeindepräsident Jakob Heltschy aus Arlesheim, der ehemalige Friedensrichter Joseph Hofmayer aus Pfeffingen und der ehemalige Gemeindepräsident Peter Hügin aus Oberwil, konnten mit einer Dreierdelegation aus Basel verhandeln. Diese jedoch setzte sich durch; nur die katholische Konfession war durch den Wiener Kongress garantiert worden. Basel trieb rückwirkend bis ins Jahr 1812 die Bodenzinsen ein. Gut ein Drittel der Steuereinkünfte flossen an die Pensionen des ehemaligen Fürstbischofs und anderer von Frankreich geschädigter Personen. Die Stadt liess die Birsecker diese Schuld allein begleichen. Die Finanzverwaltung des Birsecks war von der baslerischen getrennt, aber die dafür zuständige Verwaltungskommission wurde von Städtern dominiert. Weil viele Menschen im Birseck verarmt waren, mussten die restlichen noch Sondersteuern aufbringen, um die Armenfürsorge einigermassen zu gewährleisten. Allmählich erholten sich die Menschen der Birsecker Gemeinden von Besetzung, Kriegsfolgen und Missernten. In den 1820er-Jahren wurden sie mit der Basler Herrschaft unzufrieden. Als die alte Landschaft Basel gegen die Stadt revoltierte, formulierten alle Birsecker Gemeindepräsidenten am 31. Oktober 1831 ihre «Birsecker Petition». Am 23. November stimmten die Baselsbieter Gemeinden über eine Trennung

ab, und am 22. Februar 1832 schloss die Stadtregierung alle Gemeinden aus dem Kanton aus, welche nicht eindeutig für die Stadt votiert hatten. Darunter befanden sich, mit Ausnahme von Reinach, auch alle Birsecker Gemeinden. Zum ersten Mal hatten sie selbst über ihr politisches Schicksal bestimmen können. In die erste fünfköpfige provisorische Regierung wurden der Therwiler Stephan Gutzwiller als Präsident und der Aescher Anton von Blarer gewählt. Vom Fürstbistum über Frankreich und Basel ist das Birseck in Baselland angekommen; vieles hat es dabei verloren; geblieben ist ihm der rote Baslerstab. ■



Hans Utz, Dr. phil., bis zur Pensionierung Lehrer am Gymnasium Oberwil sowie an der Pädagogischen Hochschule der FHNW und Lehrmittellautor, seither freier Mitarbeiter an der Pädagogischen Hochschule Luzern. Er bereitet im Verlag des Kantons Basel-Landschaft eine Publikation zum Thema vor, die voraussichtlich im November erscheinen wird.

Von Wien nach Brüssel? Eine nicht zu Ende gegangene Geschichte

«Ist es wichtig, zu welcher grösseren Gebietskörperschaft das Birseck heute gehört – zu welchem Kanton und zu welchem Nationalstaat?» fragt der Historiker Georg Kreis. In seinem Beitrag erläutert er das Verhältnis zwischen dem Birseck und Europa damals und heute.

■ Text: Georg Kreis, Bild: Schweizerische Nationalbibliothek, Foto: Gabriel Kreis

Gegen Ende des 200-Jahr-Jubiläums und nach zahlreichen Beiträgen zu den Vorgängen um 1815, seien hier am Fall des Birsecks die Fragen der Gebietszugehörigkeit und des kollektiven Selbstbestimmungsrechts ins Zentrum gestellt. Wir sind mehr oder weniger bereits daran erinnert worden, dass die Bevölkerung des Birsecks 1815 (rund 5000 Seelen), ungefragt eine neue Zugehörigkeit verordnet erhielt. Im Mai und im September 1814 gab es zwar zwei von interessierter Seite inszenierte, aber wirkungslose «Plebiszite» mit Meinungsäusserungen von Bürgermeistern, Pfarrern, Députés und Familienvorständen. Diese hatten sich mit grossen Mehrheiten für einen Kanton Fürstbistum im Rahmen der Eidgenossenschaft ausgesprochen.

Fürstbistum als Verhandlungsmasse

Dass die direkt betroffenen Menschen nicht formell darüber abstimmen konnten, welcher Obrigkeit sie als Landeskinder angehören wollten, entsprach völlig dem damals geltenden Herrschaftsverständnis. Nicht nur das Fürstbistum und sein kleines Birseck, auch manche andere Teile Europas bildeten am Wiener Kongress eine zur Disposition stehende Verhandlungsmasse. Diese wurde am grünen Tisch der Kabinettsdiplomatie mit wenig Rücksicht auf die direkt betroffene Bevölkerung als Tausch- und Ausgleichsobjekte eingesetzt. In diesem Sinne wäre auch die durchaus angedachte Variante zeitgemäss gewesen, nicht das Birseck, aber einen anderen Teil des Fürstbistums, nämlich den Nordjura, an Genf abzutreten, damit dieses ihn gegen die Übernahme des

französischen Pays de Gueux an Frankreich hätte weitergeben können.

In einem Geheimpapier der Siegermächte von 1814/15 ist von «Provinzen» die Rede, die durch den Krieg «verfügbar» geworden sind. Von Bedeutung war übrigens auch der Kolonialbesitz, darum hatten auch Portugal und Spanien einen Platz am Verhandlungstisch und war die Vereinbarung mit der Schweiz auch von diesen mitunterzeichnet. Nicht ganz so frivol handelten die Mächte, wie man aufgrund des geflügelten Wortes vom «tanzenden Kongresse» annehmen könnte. Dieses Bild entsprach sicher einer gesellschaftlichen Teilwahrheit, es ergab sich aber nur aus einer Antwort auf eine Art Journalistenfrage, ob die Konferenz Fortschritte erziele. Der Gefragte, ein 80-jähriger noch während des Kongresses verstorbener Fürst, erklärte mit Blick auf die sich in die Länge ziehenden Verhandlungen: «Le congrès danse bien, mais il ne marche pas!» In den 13 Sonderkommissionen (und auch derjenigen für die Schweiz) wurde jedoch gearbeitet. Hier erhielt der Sachverstand der Spezialisten die Möglichkeit, einen noch wenig entwickelten Bereich der internationalen Beziehungen zu pflegen.

Ob Tanz oder Länderschacher: Im Falle der Schweiz wurde in erster Linie unter militärstrategischen Gesichtspunkten und im Sinne von opportun erscheinenden Abfindungen gehandelt. Der bekannteste Handel dieser Art war Berns Entschädigung für den Verlust der Waadt mit den sieben Jura-bezirken des vormaligen Fürstbistums, was in Bern allerdings als schlechte Kompensa-

tion taxiert wurde, nämlich als «Holzschof gegen einen Weinkeller». Das war rein wirtschaftlich gedacht. Wenn auch das «human capital» reflektiert worden wäre, hätte man darauf geachtet, welche Gebiete mehr und bessere Soldaten zur Verfügung gestellt hätten.

Basel will Hinterland erweitern

Beides – Wirtschafts- und Menschenqualität – dürfte im Fall des Birsecks mit seinen neun Gemeinden (Pfeffingen, Aesch, Ettlingen, Therwil, Oberwil, Schönenbuch, Allschwil, Reinach und Arlesheim) nicht entscheidend gewesen sein. Da ging es vor allem um Territorium beziehungsweise Grenzziehung. Das reformierte Basel wollte das Gebiet, obwohl es mit katholischer Bevölkerung versehen war, zur Erweiterung seines Hinterlands. Auch Solothurn hatte ein Interesse an der fürstbischöflichen Vogtei, weil es so sein zerstückeltes Territorium etwas hätte arrondieren können. Dass Basel im Falle des Birsecks den Zuschlag erhielt, dürfte auch durch die Leistungen begünstigt worden sein, welche die Stadt 1813/14 beim Durchmarsch der Alliierten erbracht hatte. Im Stadtkanton besteht heute aber kein Bedürfnis, der Erwerbung von 1815 zu gedenken, zumal diese bereits nach 17 Jahren wieder verloren ging.

Heute kann man sich aus gegebenem Jubiläumsanlass fragen, ob der «top down»-Entscheid im Falle des Birsecks richtig oder falsch war. Im Lichte der Geschichte war er sicher richtiger als im Falle der drei nordjurassischen Bezirke, die Bern zugeteilt wur-

den und erst seit 1979 den Kanton Jura bilden. Und ebenfalls richtiger als im Falle des Laufentals, das erst 1994 über einen im zweiten Durchgang nicht mehr verfälschten Selbstbestimmungsakt zum Kanton Basel-Landschaft kam.

Kanton «Fürstbistum Basel»?

Eine andere Variante wäre aber nicht unrichtig gewesen: die 1814 mit Petitionen gewünschte Eingliederung des ungeteilten Fürstbistums als zusätzlicher Kanton in die Eidgenossenschaft. Bei der Realisierung dieser Variante hätte sich allerdings die Frage gestellt, ob es möglich gewesen wäre, als theoretisches Fürstentum – wie im Kanton Neuenburg bis 1848 – und zudem als klerikaler Besitz der Schweiz anzugehören. Diese Lösung hätte den reformierten Ständen nicht gefallen, weil dadurch die konfessionelle Balance zugunsten der Katholiken

leicht verschoben worden wäre. Die Geschichtsschreibung trauerte dieser verpassten Gelegenheit nicht nach. Der Historiker Ernst Gagliardi nannte das Fürstbistum eine «vom Moder des Heiligen Römischen Reichs befallene Missgeburt» (1920). Die Entscheidungsträger des Wiener Kongresses waren dezidiert und aus heutiger Sicht richtigerweise gegen jede Wiederherstellung von geistlichen Herrschaften. Ein ungeteilter Anschluss des säkularisierten Fürstbistums mit einer «Constitution adaptée au système de la Suisse en général» wäre nach heutiger Einschätzung aber keine a priori falsche Sache gewesen: Eine moderne, mehrsprachige und mehrkonfessionelle Einheit, die mit der später hinzugekommenen Demokratisierung – also ohne «Gouvernement paternel» eines Fürsten – durchaus eine basislegitimierte kantonale Willensnation hätte bilden können. Diese

Lösung wäre aber mit dem Risiko behaftet gewesen, dass im Südjura, Laufental und Birseck im Laufe des nationalromantischen 19. Jahrhunderts unter Berufung auf die Sprachenfrage Separatisten den Anschluss an deutschsprachige Nachbarkantone gefordert hätten.

Das Birseck, Basel und Basel-Landschaft

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war in seinem Ursprung (man erinnere sich an die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung) ein politisches und nicht ein ethnizierendes, auf Volkstum rekurrerendes Prinzip. Es blieb jedoch stets offen, welche Bevölkerungen das Recht hatten, per Abstimmung davon Gebrauch zu machen. Das Birseck, 1815 nur Objekt der hohen Politik, beanspruchte nach 1830 zusammen mit dem übrigen Basler Untertanengebiet



Während ein Putto weltliche und kirchliche Insignien vom Himmel auf die Erde streut, machen sich Fürsten mit ihren Scheren und territorialen Ansprüchen begierig an die Europa. Und der Kalendermann nimmt diese Szene kritisch zur Kenntnis. «Die Vorstellung der Herren mit den Scheren» Holzschnittillustration aus einem zeitgenössischen Kalender, 1815. (Schweizerische Nationalbibliothek, aus: Die Geschichte der Schweiz, Herausgegeben von Georg Kreis, Schwabe Basel 2014)

nicht als Volk, sondern als politische Gemeinschaft und kleine Willenseinheit das Selbstbestimmungsrecht.

Per saldo war es dann der weitere Geschichtsverlauf, der entschied, dass der damalige Zugehörigkeitsentscheid auch für die heutige Birsecker Bevölkerung, ob altingesessen oder irgendeinmal zugezogen, bestimmend blieb. Aus den rund 5000 Birsecker-Seelen sind es, wenn man von der Bevölkerung der später zum Bezirk Arlesheim gekommen sechs Gemeinden (Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Münchenstein, Muttenz und Birsfelden) absieht, heute rund 82 700 im Birseck wohnhaften Menschen jeglicher Art geworden. Die 1815 wichtige Garantie des katholischen Status des Birsecks innerhalb des reformierten Basler Gebiets hat heute nicht mehr die gleiche Bedeutung: 2014 sind nur noch rund 30 Prozent als römisch-katholisch eingetragen. Und Basel ist inzwischen dagegen wesentlich katholischer geworden, als es 1815 war.

Die meisten Birsecker Bürgerinnen und Bürger dürften heute mit der nationalen und wohl auch kantonalen Zugehörigkeit einigermassen zufrieden sein. Was die Kantonszugehörigkeit betrifft, sei jedoch daran erinnert, dass 1969 im Bezirk Arlesheim eine 59,7 Prozent-Mehrheit immerhin für eine Wiedervereinigung mit Basel-Stadt war, aber von der gesamten Baselbieter Nein-Mehrheit von 59 Prozent überstimmt wurde. In der Fusionsabstimmung vom Herbst 2014 gab es dann allerdings mit nur 38,7 Prozent Ja-Stimmen auch im Arlesheimer Bezirk keine Mehrheit mehr. Das zeigt, wie Zugehörigkeitswünsche ändern können und ein auf dauerhafte Veränderung angelegter Entscheid eigentlich mit einem qualifizierten Mehr gefällt werden müsste.

Das Birseck und die Schweiz

Und was das Nationale betrifft: Die Aescher Gemeindepräsidentin Marianne Holliger erklärte im September 2015: «Wir wären sonst heute wohl Teil Frankreichs und somit aktiv in den Krieg von 1870 und in die zwei Weltkriege hineingezogen worden.» Pascal Ryf von der Arbeitsgemeinschaft «z Oberwil underwäggs» gab ein noch breiteres Statement ab, indem er sagte,

dankbar auch dafür zu sein, «dass wir nicht zu Deutschland gekommen sind».

Dank der Weichenstellung von 1815 und der Nachbesserung von 1833 sind die Nachkommen der fürstlichen Untertanen in den Genuss der im Baselbiet früh und stark entwickelten Volksrechte gekommen. Andererseits, dies muss auch gesagt sein, erhielten die Frauen wesentlich später als die deutschen und französischen Frauen politische Mitbestimmungsrechte und sind noch heute stärker der Lohndiskriminierung ausgesetzt.

Was man – ob frohlockend oder bedauernd – auch noch hätte sagen können: Erspart sei dem Birseck dank der Geschichte geblieben, heute bereits der viel geschmähten EU anzugehören. Immerhin dürften die meisten Bürger und Bürgerinnen des Birsecks 1992 für den EWR-Beitritt gestimmt haben; doch sie wurden auch in diesem Fall überstimmt, diesmal von einer schweizerischen Mehrheit. Das heutige Europa, das mit der EU weitgehend identisch ist, betreibt keine Obrigkeitpolitik, wie sie am Wiener Kongress praktiziert worden ist. Sie geht davon aus, dass die Grenzen nur noch eine bedingte Rolle spielen und die Basis der politischen Entscheide grundsätzlich doch ein Delegationsprozess von unten nach oben ist.

Das Birseck und Europa

Hans Utz hat in seinem Artikel auf Seite 4 bereits darauf hingewiesen: «Die damaligen Vorgänge offenbaren, wie sehr die Schweiz von Europa abhängig war. Hat sich das inzwischen wesentlich verändert oder hat die Abhängigkeit nicht einfach neue Formen angenommen? Die Abhängigkeit von der EU ist für Nichtmitglieder (zu denen auch das Völklein im Birseck gehört) paradoxerweise nicht kleiner, sondern nur anders.» Ist es wichtig, zu welcher grösseren Gebietskörperschaft das Birseck heute gehört – zu welchem Kanton und zu welchem Nationalstaat? Die Zugehörigkeit ist ziemlich selbstverständlich oder irrelevant und wird im Alltag vor allem auf der Gemeindeebene gelebt. Aber man hat sie nicht selber gemacht, man ist in sie hineingeboren oder auch hineingewandert. Sie verteilt sich in der Schweiz auf die drei klassischen Staats-



Georg Kreis, emeritierter Professor für Neuere Allgemeine Geschichte, bis August 2011 Direktor des interdisziplinären Europa-Instituts der Universität Basel. Ko-Herausgeber von: Basel. Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel (Christoph Merian Verlag 2000). Herausgeber eines Kollektivwerks (mit 30 Autoren) zur Schweizer Geschichte (Schwabe Verlag 2014).

ebenen (Gemeinde, Kanton, Bund) und dürfte gelegentlich auch mit einer stärkeren Zugehörigkeit zu einer vierten Ebene, der Europäischen Union, ausgestattet werden.

Man könnte wegen der vielen Jubiläen und der damit praktizierten Teilaktualisierung von Geschichte zu solchem Gedenken auf Distanz gehen. Es gibt aber mindestens zwei Gründe, im Fall des Birseck-Jubiläums in die Geschichte zurückzublicken: Einmal, um sich an Hand der Rekapitulation der Realgeschichte den historischen Wandel zu vergegenwärtigen und sich damit der Wandelbarkeit der Verhältnisse überhaupt vermehrt bewusst zu werden, dies nicht nur bezüglich der Vergangenheit, sondern auch mit Blick auf die Zukunft. Und zum anderen gibt das Jubiläum Gelegenheit, über die Bedeutung der kollektiven Zugehörigkeit nachzudenken. Dabei darf man die gegenwärtige Zugehörigkeit durchaus als wichtig erachten, aber man darf sie zugleich auch relativieren und davon ausgehen, ja sogar darauf hinarbeiten, dass nicht alles gleich bleibt, wie es ist. Es gibt kein Ende der Geschichte, und Geschichte bleibt nicht stehen. Wie sich die Verhältnisse in der Schweiz und in Europa in den letzten 200 Jahren verändert haben, werden sie sich – dies mit absoluter Sicherheit! – auch in den kommenden 200 Jahren weiter verändern. ■

Die Schweiz und der Wiener Kongress

«Die Alliierten hatten im Gebiet der Schweiz nicht nur militärische Absichten, sondern auch eine politische Agenda. Und sie hatten Bündnispartner in der Schweiz. Vor allem bei jenen politischen Kräften, die eine Rückkehr zu den Zuständen des Ancien Régime wollten ...» sagt der Historiker Ruedi Brassel und geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie die Schweiz 1815 aussah.

■ Text: Ruedi Brassel, Bilder: wikipedia, sidonius



Der Bundesvertrag vom 7. August 1815 zwischen den 22 Kantonen der Schweiz, die staatliche Grundlage der Schweizerischen Eidgenossenschaft zwischen 1815 und 1848. Rund um die Vertragsbestimmungen die Wappen der 22 Kantone mit den alten Wappen von Neuenburg und Graubünden

Die Lektion von 1813

Das Jahr 1813 neigt sich dem Ende zu. Die Machtverhältnisse haben sich geändert. Der Kaiser Napoleon ist auf dem Rückzug – in jeder Hinsicht. Die Truppen der Alliierten –

Österreich, Preussen, Russland und England – stossen nach. In der Schweiz beginnt man sich auf die neue Lage einzustellen. Die Tagsatzung tagt. Und am 15. November proklamieren die Vertreter der Kantone ein-

stimmig und feierlich die Neutralität der Eidgenossenschaft und die Entschlossenheit, die Unabhängigkeit zu verteidigen. Eine Unabhängigkeit, die in den zurückliegenden Jahren der französischen Suprematie und der helvetischen sowie der Mediationsverfassung von Napoleons Gnaden eine wenig ruhmreiche Phase hinter sich hatte.

Doch als im Dezember der diplomatische Druck auf die Schweiz steigt, die Truppen der Alliierten an der Nordgrenze stehen, bereit, durch die helvetischen Lande zu marschieren, traut selbst der schweizerische General Rudolf von Wattenwyl seinem improvisierten schweizerischen Heer nicht ganz. Es wird entlassen. Mehr als hunderttausend Mann der Alliierten strömen in der Nordwestschweiz, bei Basel, Grenzach, Rheinfelden, Säckingen und Laufenburg über die Grenze. Ein offenkundiger Bruch der schweizerischen Neutralität, dem die Schweiz gleich auch noch bereitwillig zustimmt. Fürst Metternich, Stratege der Alliierten, begründet die Neutralitätsverletzung mit dem Wunsch, der Schweiz ihre Unabhängigkeit wieder zu geben.

Diese Episode zeigt nicht nur, dass in der Geschichte Abhängigkeit und Unabhängigkeit durchaus auswechselbare Begriffe sein können. Sie dokumentiert, dass auch die Neutralität keine absolute Grösse ist. Ihre Ausformung und Durchsetzbarkeit ist stets bedingt durch die bestehenden Machtverhältnisse. Die Ironie der Geschichte ist, dass diese Lektion zu jener Zeit erteilt wurde, in der die schweizerische Neutralität neuerer Prägung ihre Geburts-

stunde erlebte: in der Zeit des Wiener Kongresses.

Eine politische Agenda

Die Alliierten hatten im Gebiet der Schweiz nicht nur militärische Absichten, sondern auch eine politische Agenda. Und sie hatten Bündnispartner in der Schweiz. Vor allem bei jenen politischen Kräften, die eine Rückkehr zu den Zuständen des Ancien Régime wollten: Die Wiederherstellung der Herrschaft der alten Geschlechter, die Restauration der Macht- und Untertanenverhältnisse der alten Eidgenossenschaft. Diese war seit der Helvetischen Republik im Jahr 1798 doch erheblich erschüttert worden. So war die Gleichheit der politischen Rechte in Stadt und Land deklariert worden. Die Leibeigenschaft wurde abgeschafft, eine zentrale politische Verwaltung wurde etabliert. Seit der Mediation im Jahr 1803 war allerdings eine föderalistische Organisation wieder hergestellt worden. Immer-

hin aber wurden damals die einstigen Untertanengebiete im Ob- und Nidwalden, in der Waadt oder im Thurgau zu eigenen Kantonen. Und das war den Vertretern der konservativen Kantone Bern, Luzern, Schwyz, Freiburg, Solothurn ein Dorn im Auge. Die Schweiz gab damals kein Bild der Geschlossenheit und der Einheit ab. Weil aber die Alliierten die Instabilität einer ungeeinten Schweiz fürchteten, drängten die konservativen Kräfte auf dem internationalen Parkett darauf, dass auch die restaurativen Kantone – allen voran Bern – sich zusammenrauffen und dass im September 1814 ein neuer Bundesvertrag angenommen wurde.

Man stelle sich vor ...

Trotzdem bestanden die gegensätzlichen territorialen Interessen weiter. Hält man sich diese vor Augen, so hätte die Schweiz nach 1815 ganz verschiedene Ausgestaltungen erleben können. Man stelle sich vor, es



«Wallfahrt auf die Tagsatzung nach Zürich.» Karikatur auf die erzwungene Teilnahme Berns an der Tagsatzung in Zürich. Der Berner Bär wird in Ketten und mit Maulkorb von einem Zürcher an der Kette geführt. Zwei Affen, die an ihren Fahnen als die verlorenen Untertanen Berns in der Waadt und im Aargau zu erkennen sind, reiten auf seinem Rücken. Getrieben wird der Bär von einem Kosaken, der für den russischen Druck auf Bern steht.

wäre nach den Vertretern aus dem Wallis gegangen. Dann wäre das Wallis – das zusammen mit Genf und Neuenburg im September 1814 als neuer Kanton in die Eidgenossenschaft aufgenommen worden war – eine eigene Republik geworden. Die Berner hingegen wollten sich die früheren Untertanengebiete in der Waadt und im

Neuerscheinung 2015



Eine Fussnote der Geschichte

Französisches und baslerisches Birseck, 1792–1833

Erscheinen: 10. November 2015

Verfasser: Hans Utz, Therwil

aus der Buchreihe «Quellen und Forschungen»

Umfang 248 Seiten, gut 60 Abbildungen, ISBN 978-3-85673-287-5

CHF 27.– (inkl. MWST)

Arlesheim, Reinach, Aesch, Pfeffingen, Oberwil, Therwil, Ettingen, Allschwil und Schönenbuch gehörten bis 1792 zum Fürstbistum Basel. Von Frankreich erobert, machten die neun Gemeinden auf Napoleons Seite unfreiwillig 23 Jahre europäische Geschichte mit. 1815 waren sie Thema des Wiener Kongresses: Die Monarchen schenkten sie Basel. So wurden sie die «letzten Eidgenossen» der seither unverändert gebliebenen Schweiz.

Das Buch bietet

- einen Einblick in die unglaublichen Veränderungen, mit denen die Menschen fertig werden mussten
- Einblick in Originaldokumente, Vergangenheit in unserer jetzigen Umgebung: eine Art gemeinsamer Ortsgeschichte
- eine Annäherung an die Bedingungen, unter denen sie damals lebten
- eine Übersicht zur Orientierung
- Geschichten einzelner Menschen

verlag
Basel-Landschaft

Rheinstrasse 32 · 4410 Liestal
Tel. 061 552 60 20 · Fax 061 552 69 71
verlag@bl.ch · www.verlag.bl.ch

Erhältlich im Buchhandel und beim
Verlag des Kantons Basel-Landschaft

Oberaargau wieder aneignen. Forderungen, die im Sommer 1814 von veritablem Säbelgerassel begleitet wurden. Der Aargau und die Waadt, aber auch die anderen neuen Kantone wehrten sich gegen die Restauration der alten Untertanenverhältnisse und mobilisierten ebenfalls. Die Bündner wären am liebsten dem Drang nach Süden gefolgt und erhoben Anspruch auf das Veltlin. Die Urner wünschten, am Untertanengebiet im Tessin festzuhalten und in Genf spekulierte man auf eine Gebietserweiterung in Nordsavoyen. Auch die Stadt Konstanz wurde von der Schweiz beansprucht und der Kanton St. Gallen drohte zu zerfallen, aufgrund der Ansprüche, die von Seiten der Kantone Schwyz, Glarus und Graubünden erhoben wurden. Zudem gab es im Fürstbistum Basel Bemühungen, das Fürstbistum als neuen Kanton an die Schweiz anzuschliessen. Angesichts der verworrenen Lage erhoben sich gar Stimmen, die den Anschluss der Schweiz an das Deutsche Reich in Erwägung zogen.

«Neue» oder «alte» Schweiz?

Kurzum – die Lage war verworren. Strittig waren nicht nur territoriale Ansprüche, sondern auch die Frage, ob man weiter den Weg zu einer «neuen» Schweiz gehen oder zur «alten» Schweiz zurückkehren wolle. Obwohl die nun 22 Kantone – unter massivem Druck der Alliierten – im September 1814 doch noch eine gemeinsame Verfassung verabschiedeten, konnten sie die Klärung der territorialen Ansprüche nicht selber bewerkstelligen. Dies wurde dem Wiener Kongress überlassen, der in einem eigenen Ausschuss über die Schweizer Verhältnisse tagte. In Wien wurde denn auch die Schweiz in der heutigen geographischen Ausdehnung definiert: Die neuen Kantone blieben bestehen. Dem Kanton Bern wurde als Kompensation für die Gebietsverluste in der Waadt und dem Oberaargau die Stadt Biel und ein Teil des Juras, vorher Bestandteil des Fürstbistums Basel, zugesprochen. Dazu gehörte auch das Laufental. Das angrenzende Birseck und die Leimentaler Gemeinden sowie Allschwil erhielt der Kanton Basel. So beschloss es der Wiener Kongress am 20. März 1815.

Restauration einer neuen Ordnung

Die Epoche nach 1813, die in der Geschichtsschreibung gemeinhin als Restauration bezeichnet wird, begann damit, dass ein Staatswesen neu geordnet wurde, das es so fünfzehn Jahre zuvor noch gar nicht gegeben hatte. Es entstand eine föderalistische Schweiz in den uns heute so vertrauten geografischen Grenzen mit 22 gleichberechtigten Kantonen, mit der definitiven Abkehr vom System der Gemeinen Herrschaften. Der definitive Bundesvertrag vom 7. August 1815 hielt in § VII denn auch fest: «Die Eidgenossenschaft huldigt dem Grundsatz, dass so wie es, nach Anerkennung der XXII Cantone, keine Untertanen-Lande mehr in der Schweiz giebt, so könne auch der Genuss der politischen Rechte nie das ausschliessliche Privilegium einer Classe der Cantons-Bürger seyn.»

Die Restauration war keine Rückkehr zur alten, vorrevolutionären Ordnung. Doch in den meisten Kantonen kehrte das alte Patriziat an die Macht zurück. Die Zunftstädte stellten die Vorherrschaft über das Land wieder her, alte Rechtsungleichheiten kehrten zurück.

Gleichzeitig hielt die neue Zeit mit der Industrialisierung, der Verbesserung der Verkehrswege und dem Ausbau des Bildungswesens Einzug. Die Dynamik dieser Entwicklung führte zu neuen Konflikten. Die bürgerlichen Freiheiten, die Grundsätze der Rechtsgleichheit, liessen sich nicht mehr zurückdrängen. Im Bürgertum regten sich die liberalen Geister und drängten aufs politische Parkett. So nicht zuletzt in Basel, wo die Landbevölkerung nach politischen Reformen rief. Das geringe Verständnis, das die städtische Obrigkeit dafür aufzubringen vermochte, führte dann in den 1830er-Jahren zur Basler Kantonstrennung. Es war dies die erste grössere Veränderung an den Grenzen, die 1815 festgelegt worden waren. Auch die weiteren Grenzveränderungen zwischen den Kantonen betrafen Gebiete des ehemaligen Fürstbistums Basel, das 1815 vom Wiener Kongress der Schweiz einverleibt worden war: 1978 die Schaffung des Kantons Jura und 1993 der Wechsel des Laufentals vom Kanton Bern zum Kanton Baselland.



Foto: Felix Jehle

Ruedi Brassel wuchs in Arlesheim auf. Er ist Sekretär der SP Baselland und Gemeinderat in Pratteln. Der promovierte Historiker verfasste zahlreiche Aufsätze und Bücher zur historischen Friedensforschung und zur Regionalgeschichte.

Literatur:

- Jean-Charles Biaudet, Der modernen Schweiz entgegen, in: Handbuch Schweizer Geschichte, Bd. 2, Zürich 1977, S. 871 – 986.
- Marco Jorio, Der Untergang des Fürstbistums Basel und der Wiener Kongress (1814/1815), in: Baselbieter Heimatblätter Nr. 1, 80. Jg, März 2015, S. 2 – 12.
- Hans Ulrich Jost, Der Wiener Kongress und die Erfindung der Schweiz, in: Der Wiener Kongress. Die Erfindung Europas, hg. Von Th. Just et al., Wien 2014, S. 374 – 391.
- Thierry Lentz, 1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas, München 2013.

Und die Neutralität?

Abgesehen von diesen Grenzverschiebungen hat sich die territoriale Ordnung des Wiener Kongresses als äusserst stabil erwiesen. Neben der Stabilität der Grenzen gilt vielen die Anerkennung der Neutralität als die zentrale Errungenschaft jener Epoche. Zwar wurde die immerwährende schweizerische Neutralität im März 1815 von den in Wien vertretenen Mächten anerkannt. Damals aber war diese Frage von untergeordneter Bedeutung. Das belegt nicht nur die eingangs erwähnte Episode im Winter 1813/14, als die Alliierten die Neutralität missachteten. Die Schweiz selber hob sie auf, als Schweizer Truppen im Juli 1815, nach dem Sturz von Napoleon, einen unrühmlichen Feldzug ins Burgund unternahmen. Und wie wichtig den Alliierten dieser Grundsatz war, zeigt die Tatsache, dass sie die Tagsatzung – gleichzeitig mit der Anerkennung der Neutralität im März 1815 – dazu einluden, der Koalition gegen Frankreich beizutreten. Erst die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat der Neutralität in der Schweiz jenen Stellenwert zukommen lassen, der ihr heute zugeschrieben wird. ■

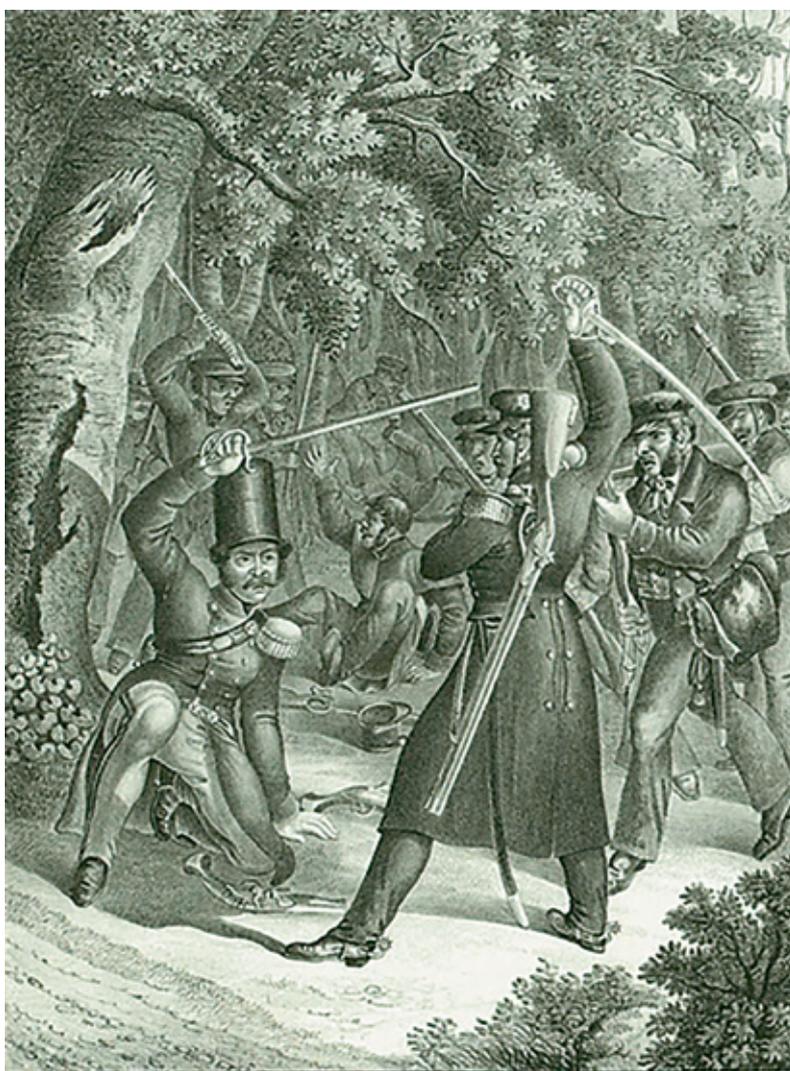
Kantonstrennung und Kulturkampf

«Die Gemeinden Arlesheim, Reinach, Aesch, Ettingen, Pfeffingen, Therwil, Oberwil, Allschwil und Schönenbuch stellten nach 1815 im Kanton Basel als katholisches Gebiet einen Fremdkörper dar», sagt der Historiker Reinhard Straumann und berichtet in seinem Beitrag über die Auswirkungen dieses willkürlichen Entscheides auf das Leben im Birseck im 19. Jahrhundert.

■ Text: Reinhard Straumann, Abbildungen: Jakob Senn (1790–1881)

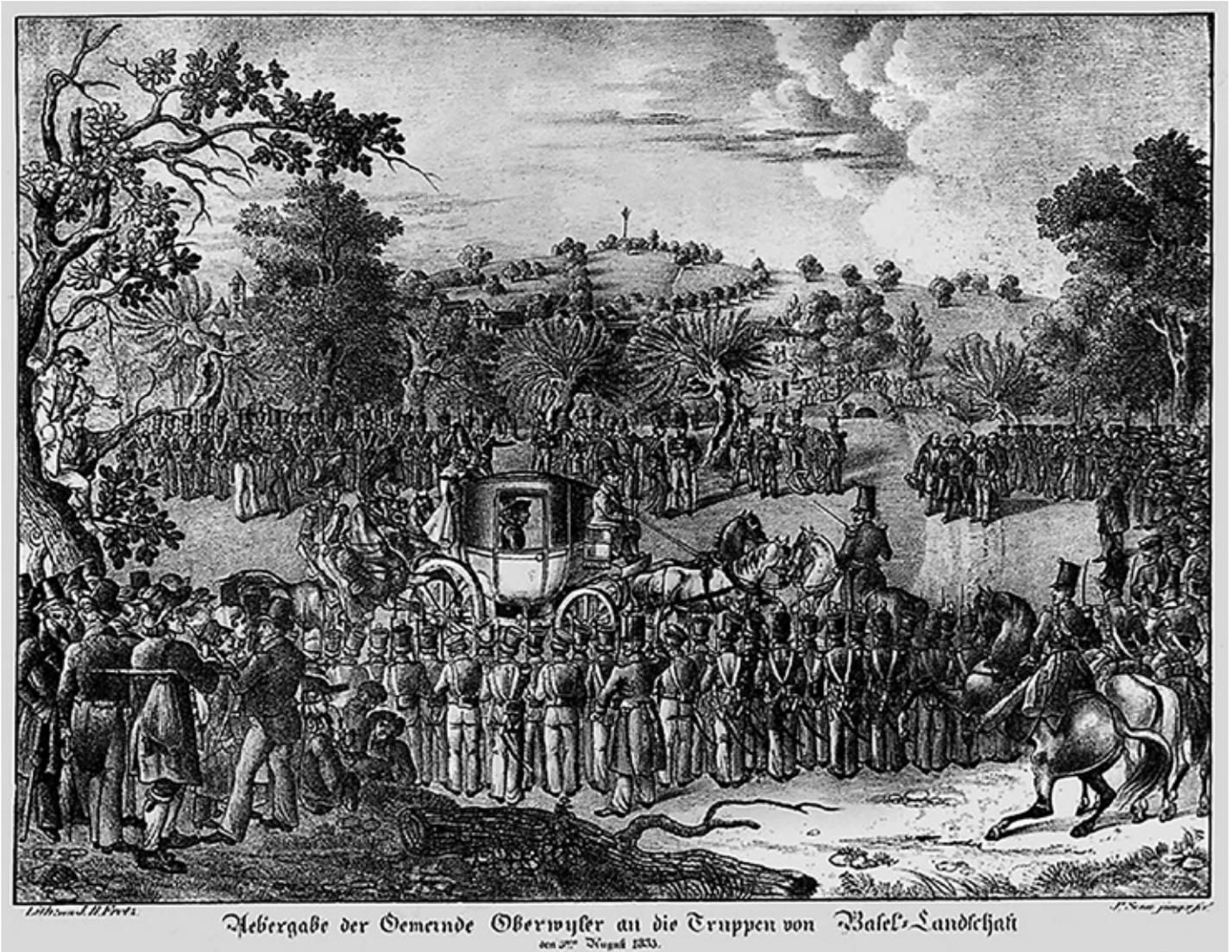
Am 20. März 1815 hat der Wiener Kongress das Birseck zur Schweiz geschlagen und damit eine Erfolgsgeschichte begründet. Die prosperierende Entwicklung unserer Gegend im 20. Jahrhundert darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie schwierig die Integration in den ersten Jahrzehnten verlief. Der Unterschied der Konfessionen machte sie konfliktreicher, als man sich heute vorstellen kann.

Die Gemeinden Arlesheim, Reinach, Aesch, Ettingen, Pfeffingen, Therwil, Oberwil, Allschwil und Schönenbuch stellten nach 1815 im Kanton Basel als katholisches Gebiet einen Fremdkörper dar. Überdies war es krisenhaft, durch Krieg und Fremdherrschaft ausgelaugt. Es fehlte die traditionelle Bindung an die Stadt wie im Baselbiet, wo die städtischen Bändelherren die Arbeitgeber waren und auf die Unterstützung der Kirche zählen konnten. Von Münchenstein bis Anwil waren die reformierten Pfarrherren samt und sonders Söhne baslerischer Familien, die sich als geistliche Fraktion der Obrigkeit verstanden und ihren Bauern bei Bedarf die Leviten lasen. Demgegenüber waren die katholischen Priester von Schönenbuch bis Arlesheim fern von jeder weltlichen Herrschaft nur dem Bischof verpflichtet. Die Bevölkerung, die seit Jahrhunderten Freiheiten genossen hatte, kam mit der Anbindung an Basel nicht gut zurecht. Als im Winter 1830/31 eine Volkserhebung im Baselbiet eine liberale Verfassung forderte, stammten mit Stephan Gutzwiller (Therwil) und Anton von Blarer (Aesch) die Wortführer aus dem Birseck. Die Birsecker Elite mit ihrer in Klosterschulen erworbenen Bildung



*Oberst Landerer's Tod,
am 3^{ten} August 1833.*

Das (unhistorische!) Bild von Jakob Senn zeigt den Tod des baslerischen Obersten Lukas Landerer durch den Baseliater Oberst Jakob von Blarer anlässlich der Schlacht an der Hüftenschanze 1833. Landerers Tod war der Ausgangspunkt für mancherlei Mythenbildung und Feindschaft zwischen Reinach, wo Landerer gelebt hatte, und anderen Birsecker Gemeinden.



Pfarrwahlstreit in Oberwil und Allschwil 1835. Als die Bevölkerung zwei von der Regierung eingesetzte katholische Priester nicht akzeptieren will, kommt es zu Ausschreitungen, bei welchen zwei Landjäger erschossen werden. Die Gemeinde Oberwil wird militärisch besetzt.

machte die Kantonstrennung überhaupt erst möglich.

Wie würde dem Kanton Baselland die Integration des Birsecks gelingen? Die wirtschaftlichen Herausforderungen waren enorm; sie schufen Spannungen, die sich immer wieder auf der konfessionellen Ebene entluden. Die Kantonsbevölkerung stieg von 1833 bis 1900 von 40 000 auf 70 000, jene im Birseck von 6000 auf 20 000, sie wies also ein deutlich stärkeres Wachstum auf als der Gesamtkanton. Die Durchmischung der Konfessionen verunsicherte die Katholiken. In den neun katholischen Gemeinden sank ihr Anteil und betrug 1900 im gesamten Bezirk Arlesheim gerade noch die Hälfte. Schweizweit schritt die Industrialisierung voran und brachte die katholi-

schen, strukturschwachen Gegenden ins Hintertreffen. Die Bundesverfassungen von 1848 und 1874, Meilensteine der bundesstaatlichen Entwicklung, wurden gegen den Widerstand der katholischen Kantone durchgesetzt. Ganz allgemein überrollte die fortschrittsgläubig-liberale Welle die konservativen und katholischen Positionen noch und noch. Der Vatikan reagierte provokativ, verweigerte sich dem Zeitgeist und hielt der liberalen Welt das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes (1870) entgegen.

Eskalation im Birseck

Unvermeidlich erzeugte der Zusammenstoss der Kulturen auch im Birseck Wirkung, wo die lokale katholische Mehrheit

als kantonale Minderheit zunehmend in Bedrängnis geriet. Die unerfahrene Regierung des jungen Kantons stand vor heiklen Fragen, zunächst betreffend der Bestellung der Geistlichen. Ging man im Basbiet vom staatskirchlichen Modell aus, in welchem die Pfarrer Beamte waren und

Die Kantonstrennung

1815 beschloss der Wiener Kongress, das ehemalige Fürstbistum Basel der Schweiz anzugliedern; damit kam das Birseck zu Basel. Weil die katholischen Gemeinden keine traditionelle Bindung an die Stadt hatte, spielten sie im Zusammenhang mit der Kantonstrennung 1832/33 eine wichtige Rolle. Stephan Gutzwiller, der Anführer der Sezessionsbewegung, stammte aus Therwil.

Der Kulturkampf

Im 19. Jahrhundert verstärkten sich die Spannungen zwischen den Konfessionen. Die wirtschaftlich starken, reformierten Kantone drängten gegen den Widerstand der katholischen Schweiz auf eine neue Bundesordnung und erreichten diese 1848. Zu einem Eklat kam es, als 1870 das Vatikanische Konzil als Protest gegen den Zeitgeist die Unfehlbarkeit des Papstes verkündete, was den sogenannten Kulturkampf hervorrief.

von der Regierung ernannt wurden, war das im Birseck komplizierter. Kirchlich-katholisch gehörte Baselland zum Bistum Basel und war damit in das Konkordat aller Diözesan-Kantone eingebunden, welches mit dem Vatikan abgestimmt werden musste. Die komplizierten Rechtsfragen eskalieren 1835, als die Bevölkerungen von Oberwil und Allschwil zwei von der Regierung neu eingesetzte katholische Priester ablehnten und ihnen die Kirchen versperrten. Aufruhr, militärische Besetzung und zwei in Oberwil erschossene Landjäger zeugen von der Heftigkeit, mit der solche Fehden ausgetragen wurden.

Die verstärkte Mobilität der Bevölkerung im Industriezeitalter vermehrte die konfessionellen Spannungen sukzessive. Die in der Bundesverfassung garantierten Grundrechte der Niederlassungs-, der Glaubens- und Gewissensfreiheit erforderten eine Toleranz, zu welcher die Kirchen noch kaum fähig waren. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma schüttete Papst Pius IX. zusätzlich Öl ins Feuer. Die Regierungen der Diözesan-Kantone Baselland, Aargau und Bern untersagten dem Bischof von Basel, dem aus dem Berner Jura stammenden Eugen Lachat, das Dogma verkünden zu lassen; als er sich darüber hinwegsetzte, nutzte man das als Anlass zu seiner Entlassung. Diese Massnahme spaltete die katholische Kirche in einen romtreuen, konservativen Flügel und eine liberale Gruppe, die sich gegen den Papst stellte und die Schaffung der christ-katholischen Landeskirche anstrebte.

Deren basellandschaftliche Sektion sollte anlässlich eines Kirchentags am 20. April 1874 in Arlesheim gegründet werden, zu welchem die liberal-katholische Fraktion eingeladen hatte – inakzeptabel für die

romtreuen, «ultramontanen» Hardliner aus Reinach und Ettingen, die, mit Schlagstöcken bewaffnet, von Musikkapellen begleitet, in militärischer Formation anrückten und die gewalttätige Auseinandersetzung suchten. Wiederum konnte nur das Baslerbieter Regiment helfen. Die militärische Besetzung Arlesheims verhinderte Schlimmeres, sehr zum Leidwesen zahlreicher Schlachtenbummler aus Basel, die eigens zum erwarteten Spektakel angereist waren.

Sonderfall Reinach

Aber auch in diesem Fall war der konfessionelle Konflikt ein Reflex tiefer liegender, sozialer und wirtschaftlicher Fragen, was der Blick auf die Gemeinde Reinach beispielhaft zeigt. Reinach, in fürstbischöflicher Zeit noch wichtige Grenz- und Zollstation und während der französischen Zeit Hauptort eines cantons, litt unter dem Verlust der früheren Bedeutung. In der ersten Trennungs-Abstimmung 1832 hatte die Gemeinde als einzige im Birseck für den Verbleib bei Basel gestimmt, und zwar wegen vielfacher Abhängigkeiten von den Basler Familien Landerer und Wieland, die in Reinach viel Land besaßen und auch dort lebten. Die Loyalität zur Stadt bezahlte Gemeindepräsident Joseph Feigenwinter mit seinem Leben, als er am 4. August 1833, nach der Schlacht bei der Hülftenschanze (wo die Basler Offiziere Landerer und Wieland gefallen waren), von einer Therwiler Meute erschossen wurde. Therwil, als Wohnort Gutzwillers ein Zentrum der Sezession, und Reinach blieben auf Jahrzehnte verfeindet.

Der Sonderfall Reinachs bestätigte sich noch Jahrzehnte später. Im Anschluss an die Birskorrektur unterlag die Gemeinde 1870 in einem langjährigen Rechtsstreit um ihren Kostenanteil; sie musste annähernd 20 000 Franken nachzahlen und, um den Betrag aufzubringen, der Arlesheimer Firma Schappe Land verkaufen, das sie rechts der Birs besessen hatte. Wenig später verlor Reinach auch den Kampf um die Linienführung der Jura-Bahn, die auf das rechte Birsufer gelegt wurde. Just da, wo man eben Land hatte abtreten müssen, sorgte jetzt die Linie Basel-Delsberg (Eröff-

nung 1875) für die Allokation von Industriebetrieben. Kein Wunder, dass man sich in Reinach geprellt und von den Segnungen des modernen Zeitalters abgeschnitten fühlte. 1907 erhielt man zwar die Tramlinie Basel-Reinach-Aesch, aber auch hier war man gegenüber der Linie Basel-Münchenstein-Arlesheim-Dornach um zehn Jahre verspätet, weil deren Betreiber eine von Reinach angestrebte Ringbahn abgeblockt hatten. Auf vielfache Weise der wirtschaftlichen Stagnation ausgeliefert, verschrieb sich Reinach, befeuert von einem fanatischen Dorfpfarrer, bis tief ins 20. Jahrhundert einer radikalen Modernisierungsverweigerung.

Heute ist von alledem nichts mehr zu spüren; der Kulturkampf ist ausgestanden. Der Arlesheimer Dom erinnert noch an die Zeiten des Domkapitels, ein paar Gemeindepappen zeigen den Stab des Fürstbischofs, und an der Fasnacht scheint etwas auf vom Birsecker Katholizismus, von Herren und Bauern, von den Kämpfen zwischen Therwil und Reinach, Aesch und Ettingen. Aber auch die Fasnächtler sind sich kaum bewusst, welche historischen Hintergründe sich hinter ihren Rivalitäten verbergen. So ist denn die Säkularisierung auch ein Kulturverlust – aber einer, der das Leben entspannter macht. ■



Reinhard Straumann

ist Konrektor am Gymnasium Münchenstein. Ausgebildet als Historiker, promovierte er über konservative Strömungen in der Schweiz um 1848. Er ist Autor zahlreicher Essays zu historischen und gesellschaftlichen Themen.

**Wir geben Ihrer Idee
die passende Farbe.**

Wir beraten Sie gerne persönlich.